



## Rückkehr der Demokratie in die Dienststellen

**Der 29. Juni 2011 war ein guter Tag für die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Um 21.03 Uhr hat der Landtag den Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei verabschiedet. Auch ein CDU-Abgeordneter stimmte zu, ein weiterer enthielt sich der Stimme. Damit ist die Schleifung der Mitbestimmung durch die schwarz-gelbe Landesregierung nicht nur rückgängig gemacht worden, sondern das Mitbestimmungsrecht in NRW ist weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht worden.**

Nachdem 2007 das LPVG erheblich zum Nachteil der Beschäftigten und der Personalräte verschlechtert worden war, hatte der DGB zusammen mit ver.di,

GEW und GdP ein Eckpunktepapier erarbeitet, das alle Forderungen der Gewerkschaften für eine echte Novellierung des LPVG enthielt. SPD und Bündnis

90/Die Grünen hatten für den Fall eines Regierungswechsels ihre Zusammenarbeit zugesagt. Nach dem Amtsantritt der neuen Landesregierung haben DGB, ver.di, GEW und GdP darauf gedrängt, dass Rot/Grün dieses zentrale Wahlversprechen möglichst schnell umsetzt.

Für die GdP war dabei immer klar, dass die Eckpunkte des DGB die Grundlage der Forderungen an die neue Landesregierung darstellen. Aus diesem Grunde hat der DGB mit Unterstützung der Einzelgewerkschaften sogar einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet. In einem dialogischen Verfahren, das diesen Namen wirklich verdient hat, wurden auf dieser Basis Verhandlungen mit dem federführenden Innenministerium sowie den Parteien und Fraktionen geführt. Diese Gespräche haben nach unserem Verständnis Maßstäbe gesetzt, wie man künftig bei ähnlichen Gesetzgebungsverfahren in der Politik miteinander umgehen kann, um zu einer konsensfähigen Lösung zu kommen. Das schließt nicht aus, dass es gelegentlich auch deutliche Meinungsunterschiede gibt, die dann auch formuliert und ausgetragen werden müssen.

Das Ergebnis dieser Gespräche waren ein Gesetzentwurf der Landesregierung mit den dazu gehörenden Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei, die dem Landtag am 29. Juni in 2. Lesung zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. In der Landtagsdebatte zum LPVG wurden noch einmal die Unterschiede zwischen den Regierungsfractionen und der Linken auf der einen sowie CDU und FDP auf der anderen Seite deutlich. Während die Mitbestimmung für die einen ein

### Eine „glatte 2“ für Rot/Grün

Die Häme war anfangs groß. Hannelore Kraft würde den Wahlsieg verschenken. NRW werde unregierbar. Das Land werde ins Chaos versinken. Nichts davon ist eingetreten. Im Gegenteil: Ein Jahr nach dem Amtsantritt der rot/grünen Minderheitsregierung steht NRW besser da, als von fast allen politischen Beobachtern gemutmaßt.

Sicher, so könnte man einwenden, die wirklich schwierigen Jahre stehen dem Land erst bevor. Die Bewältigung der Kostenlawine des West LB-Desasters, die noch immer ungelösten Haushaltsprobleme nach dem Urteil des Münsteraner Verfassungsgerichtshofs, die Langfristfolgen der Schuldenbremse – um nur einige der Herausforderungen zu nennen. Aber der Anfang für eine neue Politik in NRW ist gemacht.

In der Innenpolitik war es sogar ein guter. Mit einer „glatte 2“ auf dem Zeugnis hat Rot/Grün im Bereich Innere Sicherheit die Versetzung mehr als nur gepackt. Auf der Habenseite stehen die Wiederherstellung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1400. Polizisten, die jeden Tag die Demokratie schützen, erfahren endlich auch wieder selber Demokratie, wenn es um die Vertretung ihrer eigenen Interessen geht. Und das Schließen der Polizeiwachen hat ein Ende, weil wir zumindest soviel Nachersatz bekommen, wie an anderer Stelle durch die Zuruhesetzung älterer Kolleginnen und Kollegen wegbriecht. Die Richtung stimmt also, auch wenn es in vielen Detailfragen noch Nachbesserungsbedarf gibt.

Beim Ausstieg aus dem Privatisierungswahn der schwarz/gelben Vorgängerregierung zum Beispiel, wo den Ankündigungen von Rot/Grün jetzt auch Taten folgen müssen. Bei der Bezahlung von Technikern und Wissenschaftlern im Polizeidienst, deren drohende Abwanderung wir nur verhindern können, wenn wir konkurrenzfähige Einkommen zahlen. Und bei den Aufstiegsprospektiven im höheren Dienst. Alles Themen, bei den die GdP mit der rot/grünen Landesregierung längst im Gespräch ist. Aber reden alleine reicht nicht. Es muss sich auch substanzuell etwas bewegen. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel.



→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

wichtiger Faktor für den sozialen Frieden und das Engagement der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist, sehen die anderen darin nur einen Kostenfaktor. Es sei an dieser Stelle empfohlen, das Protokoll der Landtagsdebatte zum LPVG nachzulesen. Die von den Vertretern von FDP und CDU dort vorgetragenen Verunglimpfungen von Gewerkschaften und demokratisch gewählten Personalvertretungen waren teilweise nur schwer zu ertragen.

Auch wenn die Gewerkschaften nicht alle Forderungen zum LPVG durchsetzen konnten, bleibt doch festzustellen, dass NRW wieder über ein Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst verfügt, das diesen Namen wirklich verdient. In Anlehnung an einen Ausspruch des früheren parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Manfred Palmen, hat der SPD-Abgeordnete Reiner Schmelzter das in der Debatte so auf den Punkt gebracht. „Wir geben den Fröschen ihren Teich wieder!“

## Die wichtigsten Änderungen

- Wiederherstellung des Wahlrechts für die Kommissaranwärterinnen/ Kommissaranwärter
- Ausweitung des Beschäftigtenbegriffs auf sogenannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse (z. B. Leiharbeiter)
- Wiedereinführung des Vorsitzenprinzip
- Übergangsmandat der alten Personalräte bei Teilung, Umwandlung oder Auflösung von Dienststellen
- Personalversammlungen finden wieder während der Arbeitszeit statt
- Angleichung der Freistellungsstaffel an das Betriebsverfassungsgesetz
- Verbesserung der Rechte der JAV
- Streichung der Zustimmungsverweigerungsgründe
- Einführung einer prozessbegleitenden Mitbestimmung
- Einführung von Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung von Gerichtsbeschlüssen
- Wiedereinführung der Mitbestimmung bei:
  - Umsetzungen ohne Ortswechsel
  - Festsetzung der Fallgruppe
  - Entlassung von Beamten auf Probe/Widerruf
  - Einführung von Gleitzeit
  - Feststellung der eingeschränkten Dienstunfähigkeit/Polizeidienstunfähigkeit
  - Poolbildung
  - ordentlichen Kündigungen
  - Privatisierungen
  - Aus- und Fortbildung der Beamten
  - Grundsätzen der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung (FZO)
- Ausbau der Mitbestimmung bei Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten

## Rote Karte für die Polizei

**Auch ein Jahr nach dem tragischen Unglück bei der Duisburger Loveparade steht noch immer nicht endgültig fest, wer juristisch für die 21 Toten und die mehr als 500 Verletzten zur Verantwortung gezogen wird. Unter den 16 Beschuldigten, gegen die die Staatsanwaltschaft zurzeit ermittelt, befindet sich neben elf Mitarbeitern der Duisburger Stadtverwaltung und vier Beschäftigten der Firma Lopavent auch der Einsatzleiter der Polizei. Ihm wirft die Staatsanwaltschaft vor, am Tag der Loveparade nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen zu haben, um das Entstehen der Massenpanik im Zugangstunnel zum Festivalgelände zu verhindern.**

Dieser Vorwurf ist nach Meinung der GdP nicht stichhaltig. „Auch die Polizei trägt eine moralische Mitverantwortung für die Opfer der Loveparade. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass es während der Katastrophe zu Fehlern auf Seiten der Polizei gekommen ist“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter gegenüber den Medien. „aber diese Entscheidungen waren nicht ursächlich für die Duisburger Tragödie. Verantwortlich für die Tragödie waren massive Versäumnisse des Veranstalters beim Sicherheitskonzept und das Fehlverhalten der Stadt bei der Genehmigung.“ Auch die Staatsanwaltschaft kommt in ihren bisherigen Ermittlungen zu dem Ergebnis, dass die Loveparade nicht hätte genehmigt werden dürfen.

Damit sich das tragische Unglück von Duisburg nie wiederholt, forderte die GdP zudem eine „Rote Karte“ für die Polizei. „Für die Genehmigung von Großveranstaltungen sind die Kommunen zuständig. Diese Verantwortung wollen wir ihnen nicht wegnehmen. Aber die Polizei muss das Recht bekommen, eine Rote Karte zu ziehen, wenn bereits im Vorfeld der Veranstaltung erkennbar ist, dass sie aus dem Ruder läuft“, sagte Richter. „Hätte die Polizei bei der Loveparade ein Vetorecht gehabt, hätten die Sicherheitsbedenken, die

führende Polizeibeamte im Vorfeld der Loveparade geltend gegenüber den politisch Verantwortlichen gemacht haben, nicht einfach an die Seite gewischt werden können.“



Foto: Christoph Reichwein



# Nachersatzverfahren: Probleme noch verschärft

**Eigentlich sollte der Erlass, den das Innenministerium Anfang Juli zum Nachersatz herausgegeben hat, die bestehenden Probleme bei der Besetzung frei werdender Stellen lösen, doch das Gegenteil ist der Fall: Auch wenn noch weitergehende Überlegungen des Ministeriums zum Nachersatz (sechs Jahre Erstverwendungssperre, zwei Jahre Wach-/Ermittlungsdienst/Bereitschaftspolizei) verhindert werden konnten, dürfte der Erlass zu massiven Problemen beim Ermittlungsdienst und bei der Bereitschaftspolizei führen. Auch, weil die Ministeriumsspitze es bewusst unterlassen hat, Fachleute in den Polizeibehörden frühzeitig einzubeziehen.**

Zur Kritik im Einzelnen:

1. Bisher konnten im Ermittlungsdienst 75 Prozent des erforderlichen Nachersatzes durch junge Beamtinnen und Beamte nach ihrer vierjährigen Erstverwendung besetzt werden. Daneben konnten sich auch Kolleginnen und Kollegen, die die Grenze von 40 Lebensjahren noch nicht überschritten haben, bewerben. Nunmehr soll der Nachersatz in der Direktion Kriminalität bis 2014 nur noch aus Beamtinnen und Beamten nach ihrer Erstverwendung in der Bereitschaftspolizei bzw. im Wachdienst erfolgen. Das hat zur Folge, dass sich in den kommenden drei Jahren – abgesehen von wenigen Ausnahmen – keine 30- bis 50-Jährigen aus anderen Bereichen mehr für den Ermittlungsdienst bewerben können. Auch für verwendungseinge-

schränkte Kolleginnen und Kollegen besteht diese Möglichkeit nicht mehr. Negativ betroffen sind zudem die rund 80 bis 100 Kolleginnen und Kollegen, die bislang jedes Jahr aus dem Ermittlungsdienst heraus zu ihrer Wunschbehörde versetzt wurden. Sie müssen womöglich in den Wachdienst wechseln, damit als Ersatz für sie Fachhochschüler nach nur einjähriger Verwendung im Wachdienst in den Ermittlungsdienst kommen. Die daraus resultierenden Qualitätsverluste sind vorprogrammiert.

2. Auch bei der Bereitschaftspolizei ist mit erheblichen Qualitätsverlusten zu rechnen: Die Mindestverwendungszeit für Gruppenbeamte beträgt künftig zwei Jahre, die Höchstverwendungszeit drei Jahre. Ausnahmen hiervon soll es im Wesentlichen nur noch geben, wenn der



**Bis 2014 steigt der Nachersatzbedarf in den Ermittlungsdiensten auf 240 pro Jahr. Dem stehen 1400 Kommissaranwärterinnen und -anwärter gegenüber, die 2014 ihr Bachelor-Studium beenden.**

Nachersatz anders nicht erbracht werden kann. Der bisherige Mix aus Freiwilligen und Pflichtverwendungen, der den hohen

→ Seite 6

# Perspektiven für Wissenschaftler

**Seit dem die Konjunktur brummt, wird an den Landesoberbehörden LKA und LZPD der Druck größer, den dort beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht nur ein interessantes Aufgabengebiet zu bieten, sondern sie durch eine angemessene Bezahlung langfristig für die Polizei zu gewinnen. Noch sind es nur Einzelfälle, dass Fachexperten und Wissenschaftler wegen besserer Verdienst- und Aufstiegschancen in der Industrie beim LKA oder LZPD gekündigt haben, aber das könnte sich schon bald ändern. Die GdP tritt deshalb dafür ein, den berechtigten Forderungen der Wissenschaftler im Polizeidienst nach besserer Bezahlung mehr Beachtung zu schenken.**

Den Auftakt der neuen GdP-Initiative hat eine Diskussionsveranstaltung über „Möglichkeiten einer angemessenen Bezahlung der tarifbeschäftigten Wissenschaftler und FH-Absolventen beim

LKA“ gemacht, zu der die GdP-Kreisgruppe LKA und der Landesbezirk NRW am 4. Juli gemeinsam eingeladen hatten. Fast fünfzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren der Einla-

dung gefolgt. Auch die Behördenleitung war durch den ständigen Vertreter des LKA-Direktors, Harald Zimmer, präsent. Bei der Informationsveranstaltung spielte auch die unterschiedliche Bezahlung für ein und dieselbe Tätigkeit eine größere Rolle. Teilnehmer kritisierten, dass innerhalb des LKA für gleiche Aufgaben bis zu sechs verschiedene Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen herangezogen werden. Je nachdem, ob der betroffene Wissenschaftler noch verbeamtet worden ist, ob er zu BAT-Zeiten oder erst nach Inkrafttreten des TVL angestellt worden ist. Der Vertreter des Behördenleiters bot den Beschäftigten an

→ Seite 6





# Heinz Rump in den Ruhestand verabschiedet

In den kommenden Jahren steht nicht nur die Polizei vor einem tief greifenden Generationswechsel, sondern auch die GdP. Nach Dieter Goertz und Theo Mayer ist Ende Juli mit Geschäftsführer Heinz Rump (65) innerhalb kürzester Zeit bereits der dritte politische Sekretär der Geschäftsstelle in den Ruhestand verabschiedet worden.



Heinz Rump hatte 1967, nach seinem Abitur, eine Ausbildung zum Polizeiwachtmeister absolviert. Anders als vielen seiner damaligen Mitabiturienten gefiel es ihm dort. Heinz Rump blieb deshalb neun Jahre bei der Polizei und wurde zum Polizeikommissar befördert, bevor er ein Jurastudium aufnahm – erst nebenher, dann hauptberuflich –, um anschließend als Rechtsanwalt zu arbeiten. In dieser Zeit hat er nicht nur etliche Polizeibeamte vertreten, darunter auch den späteren Landesbezirksvorsitzenden Werner Swienty, sondern auch die SEK-Beamten, die beim Gladbecker Geiseldrama eingesetzt waren.

1990 wechselte Rump als Referent für Innere Sicherheit zur SPD-Bundestagsfraktion. Im Juni 1992 kam er schließlich als Justiziar zum GdP-Bundesvorstand – und damit zurück zur Polizei. Nur ein knappes Jahr später, im Mai 1993, wurde Heinz Rump zum Geschäftsführer des Landesbezirks NRW berufen.

Was sich in den knapp zwei Jahrzehnten seither bei der Polizei und bei der GdP geändert hat, lässt sich bereits an wenigen, nüchternen Zahlen erahnen: 1993, beim Amtsantritt von Heinz Rump als Geschäftsführer des Landesbezirks, waren über 70 Prozent aller Polizeibeamten in NRW im mittleren Dienst. Heute sind über 90 Prozent im gehobenen Dienst. Die Anhebung der Einstiegsbesoldung von A 6 auf A 7 (Polizeimeister) war einer der ersten politischen Erfolge, an deren Durchsetzung Rump als Geschäftsführer mitgearbeitet hat.

Eine andere Zahl: Nur fünf der derzeit 28 Beschäftigten des Landesbezirks waren schon bei der GdP beschäftigt, als Heinz Rump nach Düsseldorf kam. Alle anderen Arbeitsverträge tragen seine Unterschrift als Geschäftsführer. Diese Aufgabe übernimmt ab dem 1. August Andreas Nowak (53), der bereits seit Oktober 2009 als stellvertretender Geschäftsführer die Entwicklung des Landesbezirks mitgeprägt hat.

*Heinz Rump als Rechtsanwalt bei der Vertretung des späteren Landesvorsitzenden Werner Swienty in einem Beleidigungsprozess und 2006 beim Landesdelegiertentag in Köln bei einer Intervention wegen Satzungsfragen.*

Anzeige



Geschäftsführer Hr. Spengler

Telefon: (+49) 2242 90 55 989  
Mobil: (+49) 163 382 0621

Fax: (+49) 2242 90 55 988  
E-Mail: Esfotex@gmail.com

Fenster / Panzerglas / Panzertür

Verkauf und Montage

Außen- und Innentüren



## Landes-Bowling-Turnier in Gelsenkirchen

Das landesweite GdP-Bowling-Turnier, das am 19. Oktober im Firebowl Gelsenkirchen steigt, ist bereits das 10. seiner Art. Teilnehmen an dem Wettbewerb um den GdP-Pokal können maximal 20 Teams à acht Mitglieder. Die ersten Kugeln rollen ab 18.00 Uhr. Anmeldeschluss für alle Teams ist der 31. August.

Anmeldung und Infos: GdP-Service-Büro, 02 11/29 10-110.

## Erster Breitensporttag der GdP

Nicht erst seit dem Inkrafttreten des Sporterlasses sind gesunde Ernährung, Sport und Bewegung für die Beschäftigten bei der Polizei zu einem zentralen Thema geworden. Die GdP unterstützt den Trend und lädt ihre Mitglieder für den 12. Mai kommenden Jahres zu ihrem ersten Breitensporttag in den Panorama-Park ins Sauerland ein. Organisiert wird die Großveranstaltung, die ursprünglich bereits im September dieses Jahres steigen sollte (DP 1/2011), gemeinsam vom GdP-Landesbezirk und von der Kreisgruppe Olpe. Geboten werden unter anderem Wandern, Nordic-Walking, Laufen und Mountainbiken mit Guide auf dem Rothaarsteig sowie ein Sommerbiathlon. Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema Gesundheitsmanagement soll zudem über die Möglichkeiten einer besseren Gesundheitsförderung bei der Polizei diskutiert werden.

Alle Sportangebote sind so ausgelegt, dass verschiedene Alters- und Leistungsklassen angesprochen werden, damit der Breitensporttag zu einem echten Familien-Event wird. Die Teilnehmer des Breitensporttags können zudem an dem Tag alle Freizeitangebote des Panorama-Parks im Sauerland nutzen.

Detaillierte Informationen zu Ort und Zeit der einzelnen Wettbewerbe und zu den Teilnahmemöglichkeiten werden frühzeitig im Vorfeld der Veranstaltung auf der Homepage des Landesbezirks bekanntgegeben: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

## Wir sind die GdP



„Das tolle Wahlergebnis gibt richtig Rückenwind. Es bietet die Chance, bei der Polizeiausbildung in NRW wirklich was zu verändern“ – in dieser Einschätzung sind sich Ernst Herget (25), René Berg (26), Ina Vennemann (24), Larissa Mische (36) und Katrin Haverkamp (24) einig. Und die fünf GdP-Mitglieder, die seit der JAV-Wahl Ende Mai gemeinsam die neue Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) in NRW bilden, wollen die Chance nutzen. Bei einem Arbeitstreffen Anfang Juli in der Geschäftsstelle der GdP haben die fünf PHJAV-Mitglieder bereits erste Arbeitsschwerpunkte für die nächsten zwei Jahre festgelegt. „Die Flut von Prüfungen mit ihrem reflexartigen Erbrechen von kurzfristig Erlerntem ist nicht zukunftsfähig“, meint Ernst Herget, der neue PHJAV-Vorsitzende. Die Vertreter des Polizeinachwuchses in NRW setzen bei der Reform des Bachelor-Studiengangs deshalb auf weniger Detailprüfungen und auf eine prozessbegleitende Bewertung einzelner Leistungen. Auch das bislang praktizierte Verfahren zur Benotung der persönlichen sozialen Kompetenz (PSK) halten sie für falsch.

Ein anderes Schwerpunktthema ist die Umsetzung des Sporterlasses. „In Bielefeld gibt es nur einmal in der Woche eine Möglichkeit zum Schwimmtraining“, kritisiert Larissa Mische, „In Brühl sind in den Abendstunden, wenn die Bachelor-Studenten eigentlich Zeit hätten, keine Sportstätten frei“, ergänzt René Berg. Beispiele, die exemplarisch zeigen, wie Anspruch und Wirklichkeit beim Sporterlass auseinanderfallen. Auch die Tauschbörse für die Erstverwendung nach dem Studium will der neue PHJAV weiter anbieten. „Wir sind an den Problemen näher dran, als dass LAFP das sein kann. Wir sind beim Versetzungsverfahren das zweite Auge“, geben sich die Nachwuchsvertreter selbstbewusst.

Um in den kommenden zwei Jahren tatsächlich etwas zu bewegen, wollen sich die PHJAV-Mitglieder zudem stärker mit den örtlichen JAV-Gremien und der GdP vernetzen. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter, Mitbestimmungsexperte Karl-Heinz Kochs und der Hauptpersonalratsvorsitzende Adi Plickert, die als Gäste an dem Treffen teilgenommen haben, sagten dafür ihre Unterstützung zu.

## GdP aktiv

23. 7. – 6. 9., Sommerferien NRW  
4. 9., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Bonn auf der MS Godesia,

Treffpunkt: 10.30 Uhr, Schiffsanleger Eugen/Gronau, Infos über die Kreisgruppe





Fortsetzung Nachersatz, von Seite 3

Qualitätsstandard der Bereitschaftspolizei in NRW garantiert hat, wird dabei grundlos aufgegeben. In Zukunft werden diejenigen, die nicht gerne in die Hundertschaften gehen, dorthin zwangsversetzt, während andere, die gerne dort weiter ihren Dienst verrichten würden, wegversetzt werden.

3. Auch das persönliche Versetzungsverfahren über eine Landesliste müsste entfallen, weil Behörden für den Nachersatz der Bereitschaftspolizei ausschließlich Fachhochschüler zugewiesen bekommen.

Die GdP hat den Erlass scharf kritisiert. „Es ist schon mehr als verwunderlich“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter, „dass weder die Behördenleitungen noch die Führungskräfte der Polizei zum neuen Nachersatzverfahren vorab befragt worden sind. Wer so vorgeht, darf sich nicht wundern, wenn die von oben verordnete Entscheidung auf Kritik und Demotivation stößt.“

Fortsetzung Perspektiven für Wissenschaftler, von Seite 3

zu prüfen, ob dieses Problem im Einzelfall durch eine andere Funktionsbeschreibung gelöst werden kann, erinnerte aber zugleich daran, dass der Handlungsspielraum der Behörde durch Budgetvorgaben begrenzt sei. Höhere Gehälter für einzelne Beschäftigte könnten dazu führen, dass an anderer Stelle freie Stellen nicht besetzt werden können.

GdP-Tarifvorstand Brigitte Herrschaft und Landesvorsitzender Frank Richter nutzten die Gelegenheit, um gegenüber den LKA-Beschäftigten herauszustellen, dass es auch für die Tarifbeschäftigten mit wissenschaftlicher Qualifikation eine Aufstiegsperspektive bei der Polizei geben muss. „Die GdP vertritt nicht nur die Interessen der Polizeibeamten, sondern von allen Beschäftigten bei der Polizei, und dazu zählen auch die hoch qualifizierten Angestellten im Polizeibereich. Weil bei ihnen Qualifikation und Bezahlung besonders stark auseinanderfallen, werden wir darauf in den

nächsten Jahren einen Schwerpunkt unserer Arbeit legen.“ Erfolge werde es aber nicht über Nacht geben. „Wir haben in den vergangenen Jahren viel für die Beschäftigten bei der Polizei erreicht. Aber diese Erfolge sind das Ergebnis des Bohrens dicker Bretter“, sagte Richter. Brigitte Herrschaft, zuständiges Vorstandsmitglied für die Tarifbeschäftigten, kündigte an, dass die LKA-Veranstaltung nur der Auftakt zu einer Reihe weiterer Aktivitäten der GdP sein wird. „Wir wollen nicht nur im LKA an der unbefriedigenden Situation der hoch qualifizierten Tarifbeschäftigten etwas ändern, sondern auch im LZPD und bei den Polizeibehörden vor Ort.“ Herrschaft wies darauf hin, dass das nicht ohne zusätzliches Geld vom Land geht. „Wenn wir die drohende Abwanderung von hoch qualifizierten Experten bei der Polizei verhindern wollen, geht das nicht zum Nullsummen-Spiel.“



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-183  
Telefax (02 11) 71 04-174  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der 5. August 2011.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 8. 8. Aenni Kuhn, Sinzig  
Elisabeth Stegemann, Münster
- 14. 8. Lothar Passmann (Sen.), Hamm
- 15. 8. Therese Schillinger,  
Geilenkirchen
- 19. 8. Kurt Quellmelz, Marienheide
- 31. 8. Anna-Maria Michl, Brühl

### 91. Geburtstag

- 1. 8. Irmgard Rümke, Dortmund
- 4. 8. Loni Hasselkus, Bonn
- 9. 8. Margarete Himmelmann,  
Hagen
- 11. 8. Marga Zorn, Alfter
- 12. 8. Helmut Schoeneberger,  
Gütersloh
- 15. 8. Käthe Roscheck, Ratingen
- 22. 8. Magdalena Schneider, Kaarst
- 31. 8. Harald Draessler, Wuppertal

### 92. Geburtstag

- 3. 8. Liselotte Hoffmann, Essen
- 14. 8. Maria Friedrich, Köln
- 15. 8. Hans Lebert, Düsseldorf
- 19. 8. Elisabeth Uelhoff, Paderborn

- 24. 8. Henriette Leufgen, Essen
- 28. 8. Martha Kaufmann, Duisburg

### 94. Geburtstag

- 1. 8. Ilse Arndt, Cuxhaven
- 14. 8. Gertrud Filz, Euskirchen
- 15. 8. Karl-Heinz Eick, Münster
- 29. 8. Michael Hackl, Dillingen
- 30. 8. Martin Müller, Kerpen

### 95. Geburtstag

- 6. 8. Margarethe Fischer, Bremen

### 96. Geburtstag

- 5. 8. Julia Haverkämper, Olfen
- 14. 8. Rosa Österreicher, Bonn

### 97. Geburtstag

- 10. 8. Margot Thiede,  
Neunkirchen-Seelscheid
- 13. 8. Charlotte Mialkas, Duisburg
- 23. 8. Luise Stemmann, Bochum

### 99. Geburtstag

- 19. 8. Hildegard Hampel, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



# Aktuelle Angebote

## Ihres **GdP-Reisebüros**

in Kurzfassung - August 2011



## **Jahresauftakt auf Madeira** **12. - 26. Januar 2012**

**Bereits im Januar 2007 haben wir die vom Golfstrom verwöhnte Atlantikinsel sehr erfolgreich als Landes-seniorenfahrt angeboten. Nun, 5 Jahre später, ist das ehemalige Hotel Oasis Atlantic komplett renoviert und wird nun unter dem Namen Hotel Four Views Oasis\*\*\*\* geführt. Es liegt an der malerischen Bucht von Reis Magos, nur durch eine Uferpromenade vom Meer getrennt.**



**Unser Preis zum Jahresauftakt 2012  
pro Person inklusive Flug und Unterbringung  
im Doppelzimmer mit Halbpension plus  
ab € 925,00**

**Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung und Anmeldung an!**

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf**  
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de) • [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)



## Zugriff auf die GdP-Ressourcen

Wer wissen will, warum die GdP die Kennzeichnungspflicht für Polizisten ablehnt, wie es um den Arbeitsschutz bei der Polizei bestellt ist und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, findet die Positionspapiere der GdP dazu unter dem Stichwort GdP-Ressourcen auf der Homepage des Bundesvorstands. Auch die Arbeitshilfen und Broschüren der GdP Bund stehen dort zum Download bereit – von den Argumenten gegen Rechts bis zu den Handreichungen für

Rhetorik, von der Faltkarte zum Waffenrecht bis zum Flyer über die Fahrerlaubnisklassen.

Wer sich den Umweg über die Bundesseite sparen will, kann die Informationen ab sofort auch direkt vom geschützten Mitgliederbereich des Landesbezirks aus abrufen. Einzige Voraussetzung dafür ist die einmalige Beantragung der Zugangsdaten zum Bereich Mitglieder intern. Wie das geht, steht auf der Homepage. [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de) (Mitglieder)



Nur zwei von etlichen Broschüren, die in den GdP-Ressourcen zum Download bereitstehen.

## Glücksnummern des Monats

45 19234  
Katharina Kreyenhagen  
45 19576  
Stephan Haeger  
45 18397  
Sarah Haarmann  
45 20437  
Thomas Risch

Die Gewinner erhalten eine Travelmate Business-Kulturtasche.

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

24. 8., Seniorenjahresfahrt mit dem Bus zur Bundesgartenschau nach Koblenz, 33,00 Euro (Busfahrt und Eintrittskarte), Treffpunkt: 8.45 Uhr, PP Aachen, Rückfahrt: 18.00 Uhr, Anmeldung: Ralf Dünzer, Tel. 02 41/95 77-2 30 03, Anmeldeschluss: 19. 8. 2011 (begrenzte Teilnehmerzahl).

### Kreisgruppe Coesfeld

24. 8., Betriebsbesichtigung Bioladen Weiling, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Erlenweg 134, Coesfeld, Anmeldung: Johannes Zimmermann, Tel. 0 25 41/7 29 63, Anmeldeschluss: 15. 8. 2011.

## NACHRUUF

Maria Adelman	19. 2. 1911	Essen/Mülheim	Kurt Köplin	16. 4. 1922	Lippe
Manfred Alltag	15. 3. 1932	Selm	Bernhard Leidig	13. 6. 1926	Duisburg
Franka Barnett	19. 1. 1916	Köln	Dieter Lewer	3. 11. 1943	Essen/Mülheim
Siegfried Bechstein	7. 11. 1924	Krefeld	Marno Neuenfeldt	27. 5. 1931	Hagen
Walter Benczek	11. 7. 1920	Duisburg	Herbert Nierhaus	1. 12. 1924	Essen/Mülheim
Anita Benning	10. 1. 1936	Dortmund	Hans-Jürgen Pawelzik	22. 2. 1942	Gelsenkirchen
Wilhelm Blambeck	13. 6. 1914	Warendorf	Agnes Schemperschauwe	12. 11. 1922	Duisburg
Gertrud Book	13. 6. 1923	Bergisches Land	Erna Schmidt	4. 6. 1926	Gelsenkirchen
Frank Determann	9. 9. 1961	Selm	Margarethe Schultz	22. 5. 1919	Essen/Mülheim
Helga Dost	7. 5. 1922	Gütersloh	Georg Schweizer	9. 10. 1932	Münster
Friedrich Fehrholz	28. 11. 1932	Bochum	Heinz-Dieter Simon	1. 2. 1944	Olpe
Hermann Fischer	23. 3. 1924	Bochum	Heinrich Stuers	10. 11. 1925	Wesel
Heribert Gaspers	1. 9. 1941	Essen/Mülheim	Ulrich Treichel	8. 9. 1931	Bochum
Martha Gomolla	22. 4. 1925	Bielefeld	Bernd Uhl	1. 7. 1943	Recklinghausen
Gert Hirschhäuser	22. 9. 1943	Märkischer Kreis	Martin Vehoff	8. 7. 1956	Coesfeld
Willi Junggeburth	20. 10. 1925	Märkischer Kreis	Willi Venghaus	31. 3. 1921	Duisburg
Helene Kirner	17. 7. 1934	Bergisches Land	Heinz Wehr	13. 10. 1930	Bochum
Helga Kockmann	5. 2. 1921	Oberberg, Kreis	Wienand Wierich	27. 11. 1919	Düsseldorf
Hans König	9. 2. 1920	Dortmund	Hans-Günther Wolff	10. 6. 1948	Gütersloh

